

orthodoxen und katholischen Erben der Taufe von Kiew“ auswirken. „Vielleicht wird die Erinnerung an dieses Ereignis, das am Anfang ihres neuen Lebens im Heiligen Geist steht, dazu beitragen, mit Gottes Hilfe die Stunden ihrer vollen Versöhnung zu beschleunigen, die Stunde des ‚Friedenskusses‘, gegenseitig ausgetauscht als Frucht einer reifen Entscheidung, die in Freiheit und mit gutem Willen dem ursprünglichen Geist entspringt, der die noch ungeteilte und vom christlichen Genius der heiligen Cyrill und Methodius gekennzeichnete Kirche beseelt hat“ (Nr. 9).

Der Friedenskuß zwischen russisch-orthodoxer und ukrainisch-katholischer Kirche ist gegenwärtig noch Zukunftsmusik, ebenso wie die Wiederherstellung der Einheit von Ost- und Westkirche. Kardinal *Myroslav Lubachivsky*, Oberhaupt der ukrainischen Katholiken, hat im November 1987 einen Versöhnungsappell an das Moskauer Patriarchat gerichtet („Wir sind alle Brüder in Christus, wir achten uns gegenseitig, wir können miteinander leben, im Bewußtsein, daß uns derselbe Glaube an unseren Retter verbindet“). Gleichzeitig werden aber römische Gesten gegenüber der rus-

sisch-orthodoxen Kirchenführung von ukrainischer Seite nach wie vor mit einigem Mißtrauen betrachtet. So äußerte Kardinal Lubachivsky zu „Euntes in mundum“, für manche Ukrainer erscheine die Aufforderung des Papstes zu ökumenischen Kontakten zwischen russischer Orthodoxie und ukrainischen Katholiken als Billigung der sowjetischen Unterdrückung ihrer Kirche (vgl. NC News, 5. 5. 88). Ebenfalls gegenüber NC kritisierte ein ukrainischer Priester den zu versöhnlichen Ton des Apostolischen Schreibens gegenüber der russisch-orthodoxen Kirche. U. R.

Neues Nachdenken über Religion?

Zeichen der Veränderung in der Sowjetunion?

1987 deutete es sich schon an, und 1988 ist es noch offenkundiger geworden: Ganz dürfte Gorbatschows Perestrojka-Politik auch an der sowjetischen Religionspolitik nicht mehr vorbeigehen. Während noch unsicher ist, ob die Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion künftig tatsächlich mit mehr Freiheit rechnen können, ist unbestritten, daß in der Sowjetunion über Religion nachgedacht wird und Gorbatschow vor allem die orthodoxe Kirche als Bundesgenossen braucht. Doch selbst ein so vorsichtiger Beobachter wie der polnische Primas Jozef Kardinal Glemp meinte schon im Mai 1987 im schwedischen Fernsehen, unter Gorbatschow begännen sich die Beziehungen zwischen Kirche und Staat zu bessern.

Unverkennbar ist seit 1987 ein neues öffentliches Engagement der Würdenträger insbesondere der russisch-orthodoxen Kirche. Das trifft in erster Linie auf die Außen- und „Friedens“-Politik zu. So gehören der sowjetischen Delegation zur 44. UNO-Vollversammlung diesmal sogar drei Geistliche an: der Erzbischof von Smolensk und Wjasma, *Kyryll*, der Generalsekretär des Allunionsrats der Evangeliumschrinden-Baptisten, Pfarrer *Aleksej Bitschkow*, und der Rabbi von Leningrad, *Lewitin*. Das Einspannen der Kirchen in die sowjetische Diplomatie und Außenpolitik ist an sich nicht neu: schon Stalin begann damit im September 1943. Aber das Gewicht der Kirchen hat auch in diesem Bereich zugenommen. Mehr noch, seit Anfang 1987 sind russische Geistliche in den Medien recht oft zu Wort gekommen – der Erzbischof von Wologda und Welikij Ustjug, *Michail Mudygin*, zum Jahresende sogar mit einer Stellungnahme zu den moralischen Problemen der Jugend (Pravda, 21. 12. 1987). „Mitsprache“ in der Innen- und Gesellschaftspolitik aber ist etwas völlig Neues.

Die Salven traditioneller militanter Atheismus-Propaganda waren 1987/88 zwar nicht verstummt, insbesondere nicht auf Republiksebene, wo es böse Ausfälle gab. Aber sie wirkten eher wie Rückzugsgefechte. Auch sowjetische Fachleute sehen, „daß unsere atheistische Propagandaliteratur in der Regel merklich hinter der religiös-philosophischen zurücksteht. Letztere ist oft erheblich gehaltvoller, interessanter und sogar undogmatischer“ (V. N. Serdakow, in: Sociologičeskie issledovanija, 4/1987, S. 45). Mit dem großen autoritativen Prawda-Leitartikel vom 5. 4. 1988 gegen den „Leserbrief“ der *Nina Andrejewna* – der faktisch als „Plattform“ der Perestrojka-Gegner verstanden wurde – scheinen die Reformer wieder die Initiative übernommen zu haben. Damit sind auch weitere Fortschritte in der Religionspolitik möglich – noch ist allerdings unklar, wieweit sie wirklich integraler Bestandteil der angestrebten (faktischen) Liberalisierung sind.

Wiederentdeckung des „Faktors Mensch“ und das neue „Gottsuchertum“

Die Grundeinsicht der Reformer ist: „Ein Erfolg der Perestrojka ist unmöglich ohne die Aktivierung des als organische Einheit von Bewußtsein und Tätigkeit verstandenen Faktors Mensch“ (A. Tursunov, Pravda, 16. 1. 1988). „Hauptreserve“, so hat sich gezeigt, ist der Mensch, seine Motivation, Verantwortung, Initiative, Kreativität, im Gegensatz zum vorherrschenden Zynismus und Dauerbummelstreik unter dem aus dem Stalinismus erwachsenen Bürokratismus. Damit verbunden ist die Wiederentdeckung auch eines neuen Menschenbildes – der Mensch

nicht länger als auswechselbares, anonymes „Schraubchen“ in der großen Staats„maschinerie“, ein „Soldat“ der Weisungserfüllung, wie ihn der Stalinismus erstrebte; sondern der „chosjain“, der „Hausherr“, Entrepreneur und Bürger. Das aber bedeutet, daß auch eine *neue Ethik* nötig ist – ein Topos, der offiziellerseits zum ersten Mal überdeutlich auf dem bemerkenswerten Budapester Treffen vom Oktober 1986 zwischen hohen kommunistischen Funktionären und katholischen Würdenträgern anklang. In der Meldung vom 17. 11. 1987 über die Ergebnisse des traditionellen Treffens der Oberhäupter und Repräsentanten aller Kirchen und religiösen Vereinigungen im Dreifaltigkeitskloster (Troiče-Sergejewa Lawra) kam TASS ausdrücklich auf „die große Bedeutung“ zurück, die „heute dem Menschen als sozial aktiver Persönlichkeit beigemessen wird.“

Damit wird eine Einsicht nachvollzogen, die sich in den Reihen der prominentesten Schriftsteller, ganz besonders der sog. „Dorfprosa“, der *potschewenniki* (etwa: „Verehrer des Bodens“), schon seit den 60er Jahren angebahnt hat. Symptomatisch für diese Stimmung zugunsten einer neuen „duchownostj“, einer neuen Geistigkeit, war z. B. das 1982 von *Molodaja Gwardija* in der Auflage von 50 000 Exemplaren herausgegebene Buch von E. N. Dawydow, *Die Ethik der Liebe und die Metaphysik der Willkür*. Bei diesem Vergleich der Philosophien von Lew N. Tolstoj, Fjodor M. Dostojewskij, Arthur Schopenhauer und Friedrich Nietzsche ging es um die Fragen: Ist eine Ethik ohne absolute Imperative denkbar? Kann die menschliche Gesellschaft ohne eine solche leben? Beide Fragen wurden bezeichnenderweise verneint (vgl. *Frantssek Kaufman* in: *Istina*, No. 1–2, 1987, S. 7–19).

Gegen die vorherrschende „Geistlosigkeit“ („besduchowostj“), den Wertverlust und sittlichen Niedergang sind die großen Schriftsteller wie *Walentin Rasputin*, *Wasil Bykow*, *W. Astafjew* und *Tschingis Ajtmatov* zu Felde gezogen.

Der weißrussische Philosoph und Lektor der Snanije-Gesellschaft *E. Pylilo* betonte gegen den atheistischen Ausfall des Dr. phil. *I. Krywelew* in der *Komsomol'skaja prawda* vom Sommer 1986 (s. weiter unten): Die heutige Moral sei schließlich christlichen Ursprungs, und es sei an der Zeit, die unfundierte Hetze auf das gesamte religiöse Erbe einzustellen (*Literatura i iskusstvo*, 5. 9. 1986). Er verlor darauf seinen Posten. Doch anlässlich des Internationalen Menschenrechtstags im Dezember meldete sich der für seinen Hang zu einem „liberalen“ Kommunismus bekannte Dichter *Jewgenij Jewtuschenko* beherzt zu Wort: „Der Atheismus kann nicht Quelle der Sittlichkeit sein. Der Glaube an gar nichts ist schlimmer als ein falscher Glaube“ (*Komsomol'skaja prawda*, 10. 12. 1986).

Jewtuschenko machte sich für eine Wiederauflage der Bibel stark: „Die Bibel ist ein großes Kulturdenkmal. Bis heute verstehe ich nicht, wieso die staatliche Verlagsanstalt den Koran herausgegeben hat, die Bibel jedoch nicht. Ohne Kenntnis der Bibel kann unsere Jugend vieles bei Puschkin, Gogol, Dostojewskij, Tolstoj gar nicht ver-

stehen. Der ganze frühe Majakowskij ist von biblischen Metaphern durchzogen. Die Bibel kostet in Buchläden und auf dem ‚schwarzen Markt‘ enorme Summen [in der Tat: bis über 100 Rubel!]. Wenn Krywelew möchte, daß alle Atheisten werden, wie soll das denn geschehen, wenn sie die Bibel gar nicht kennen? (a. a. O.).

Im Sommer 1986 war in *Nowyj mir* (Nr. 6, 8, 9) der Roman des kirgisischen Schriftstellers Tschingis Ajtmatov, *Placha* („Die Richtstätte“), erschienen. Der Held, Adwij Kallistratow, geht davon aus, daß die heutige Zeit eine zeitgemäße Gottesgestalt brauche. Ausdrücklich erklärte der Autor anschließend zu seinem Roman: „Jesus Christus hat mir Gelegenheit gegeben, dem heutigen Menschen etwas Verborgenes mitzuteilen ...“ (*Literaturnaja gazeta*, 13. 8. 1986). In einer bemerkenswerten Verteidigung der Schriftsteller und insbesondere Ajtmatovs betonte *Andrej Nujkin*: Ihm liege die „gottsucherische“ „Linie“ von Ajtmatovs Roman zwar nicht, und der Held sei gekünstelt und habe wenig Profundes mitzuteilen. Und dennoch ... diese „Linie“ führt die zeitgenössischen Ereignisse, die in dem Roman beschrieben werden, in die breiten Koordinaten der allgemeinmenschlichen Geschichte ein, bringt sie in Beziehung zu der Suche vieler Generationen unserer Ahnen seit alters her nach unerschütterlichen Gesetzen des menschlichen Seins, gibt den Ereignissen des heutigen Tages eine besondere – profunde, eschatologische – Bedeutung. Völlig partikuläre ... Ereignisse ... füllen sich mit einem tiefen symbolischen Sinn, nehmen Züge einer schrecklichen Warnung an die ganze Menschheit von der herannahenden universalen Katastrophe an“ (*Novyj mir*, 4/1987, S. 255). Ajtmatov schuf einen Präzedenzfall, da mit seinem Roman zum ersten Mal eine *ausgesprochen positive Wertung des Christentums* publiziert wurde. Bis zum kommenden Dezember erreichten die Kontroversen hierüber einen Höhepunkt.

Ein neues russisches Nationalgefühl

Im September 1986 meldete sich das betagte und hochangesehene Mitglied der Akademie der Wissenschaften, *Dmitrij S. Lichatschow* in der *Literaturnaja gazeta* zu Wort. Lichatschow ist einer der führenden Vertreter eines russisch-christlichen Nationalgefühls. Die atheistische Propaganda, so bemerkte er, habe oft eine feindliche Einstellung zu Gläubigen und zur Kirche hervorgerufen. „Der Glaube wird als Zeichen von Unwissenheit betrachtet, obgleich man sagen muß, daß die Feindseligkeit gegenüber den Gläubigen aus Unwissenheit, Unkenntnis der Geschichte der Kirche und der Geschichte im allgemeinen herrührt ... Bei uns herrscht die Meinung, die Klöster seien Pflanzstätten des Obskurantismus gewesen. Doch wer kopiert die Bücher? Wer führt neue Systeme des Landwirtschaftens ein, wie z. B. auf Solowki? Wer baut neue Fruchtarten an? Mit den Problemen der Genetik und Selektion befaßte man sich schon in den Klöstern des alten Rus! 300 Sorten Äpfel waren bereits bekannt!

Ich spreche noch gar nicht von der Ästhetik – der Ästhetik des Kirchengesangs, der Ästhetik des kirchlichen Wortes, der Malerei, der Architektur ... Außerdem wissen wir, welche Rolle die Kirche in der Geschichte Rußlands gespielt hat: in der Ära der feudalen Zersplitterung z. B. trat sie für die Einheit und gegen die Bruderkriege ein. Sie inspirierte den Kampf gegen die ausländischen Eroberer. Wir sprechen vom Sieg Dmitrij Donskojs auf dem Schnepfenfeld, aber wir verschweigen Sergej von Radonesh, den Inspirator dieses Sieges ...“ (Literaturnaja gazeta, 9. 9. 1986, S. 2). Er forderte die vollständige, effektive Trennung von Kirche und Staat. Der Staat und speziell der Rat für die Angelegenheiten der Religion (die Koordinations- und Kontrollinstanz beim Ministerrat) hätten sich nicht länger in die Angelegenheiten der Kirche einzumischen.

Derartige brisante Stellungnahmen in den Medien wären undenkbar ohne „höhere“ Protektion. In der Tat seit den 60er Jahren hat sich auch in der Partei und speziell ihrer Intelligenz (ebenso in KGB und Militär) ein neues *russisches Nationalgefühl* herausgebildet, was dazu geführt hat, daß die russische Tradition – und dazu gehört ganz entscheidend die russisch-orthodoxe Kirche – heimliche und offenbar wachsende Protektion genossen hat (vgl. *Michail Agursky*, in: Religion in Communist Lands, spring 1982, S. 145–155). Die russisch-nationale („russitische“) Strömung – der sowohl Andropow als auch Gorbatschow nahegestanden haben – hat ausdrücklich den positiven Beitrag der Kirche bei der Schaffung eines mächtigen Staates und der Herausbildung eines Nationalgefühls gewürdigt (vgl. dazu den Aufsatz von *Dmitry Pospelovskij*, in: Religion in Communist Lands, winter 1987, S. 292). Die vor über zwanzig Jahren gegründete Gesellschaft zur Erhaltung der Kulturdenkmäler (VOOPIK) zählt mittlerweile über 30 Millionen Mitglieder, und führende Militärs (und auch KGB-Vertreter?) haben darin eine Rolle gespielt. (Über KGB und Nationalismus vgl. *A. von Borcke*, KGB. Die Macht im Untergrund. Neuhausen-Stuttgart 1987.) In den Worten von Prof. *Wladislaw N. Scherdakow*, Professor für wissenschaftlichen Atheismus an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU: „Eben der Umstand, daß die Kirche sich nie von den Werten unserer traditionellen nationalen Kultur losgesagt hat, ruft heute gewisse Sympathien für die Religion hervor“ (Sociologičeskie issledovanija, 4/1987, S. 46).

Ein autoritativer, anonymer Artikel im *Kommunist* vom März 1988 erklärte (ungeachtet seiner zwiespältigen Linie, die auf konservative „Korrekturen“ schließen läßt): „Man muß den historisch beispiellosen Umstand in Erwägung ziehen, daß die Kirche es vermocht hat, ihren Platz in der sozialistischen Gesellschaft zu finden, ohne ihre Lehre aufzugeben und ohne das Vertrauen entweder der Gläubigen oder des Staates zu täuschen“ (Kommunist, 4/1988, S. 121).

Kurz, unter Gorbatschows offenkundig national und patriotisch denkender Führung ist die *Aufwertung des Image*

von Kirche und Religion unverkennbar. So betonte der neue (seit 1975) Vorsitzende des Rats für die Fragen der Religion, der Exdiplomate *Konstantin Chartschew*, in einem Interview im letzten November (das offenkundig signalisieren sollte, die Perestrojka in der Religionspolitik gehe weiter, ungeachtet aller Anzeichen weiterwirkender Unterdrückung): Die Kirche habe kürzlich drei Millionen Rubel für die Opfer von Tschernobyl gespendet; jährlich zahle sie 50 Millionen Rubel in den Friedensfonds sowie 5 Millionen Rubel in den Fonds zur Erhaltung von Kulturdenkmälern. Im Zweiten Weltkrieg habe sie mit 150 Millionen Rubel zur Verteidigung beigetragen (Nauka i religija, 11/1987, S. 22, 23).

Ausdruck der neuen Linie ist auch die recht objektive, z.T. von Sympathien getragene Berichterstattung über die Altgläubigen (vgl. *M. Michajlow* in Golos rodiny, 23.10.1987; *Aleksandr Nežnyk* in Moskovskie novosti, 29.11.1987). Das war ein atemberaubender Umschwung in der traditionellen Linie, die die Religion stets als „Relikt“ der Vergangenheit, Hort des Obskurantismus, mythischen Ausdruck eines ungebildeten bzw. „entfremdeten“ sozialen Bewußtseins und als Stütze des Absolutismus und der feudalen Ausbeutung hingestellt hatte!

Patriarch Pimen im Kreml

Höhepunkt und womöglich endgültiger Durchbruch der in der Führung bestimmt nicht unumstrittenen neuen Linie zur Religionspolitik war Gorbatschows Empfang von Patriarch Pimen – auf dessen „Wunsch“ – am 1. 5. 1988 anlässlich der bevorstehenden Tausendjahrfeier der Christianisierung der Rus'. Der Parteichef war mit dem Patriarchen schon einmal im November 1987 anlässlich des 70jährigen Jubiläums der Oktoberrevolution zusammengetroffen. Doch diesmal wurde das Treffen im voraus bekanntgegeben und als „historisch“ herausgestellt. Der Parteichef würdigte kurz, aber markant die Christianisierung als „wichtigen Meilenstein auf dem jahrhundertelangen Weg des russischen Staates“ (a. a. O., 2. 5. 1988).

Mehr noch, Gorbatschow verkündete bei diesem Anlaß, was bereits aus Stellungnahmen in den sowjetischen Medien herauszulesen gewesen war: „das uneingeschränkte Recht“ der Gläubigen, ihren Glauben „mit Würde zu vertreten“. Der Staat werde sich künftig nicht mehr in die Angelegenheiten der Kirche einmischen. „Fehler“, die in der Vergangenheit gemacht worden seien, würden berichtigt. Leitender Gesichtspunkt der neuen Politik: die „Festigung der Einheit aller Werktätigen und unseres ganzen Volkes“ im Interesse der Perestrojka, der „Transformation“.

Auch der *Umschwung in der politischen Linie zur Tausendjahrfeier* war bemerkenswert. Diese war ursprünglich vom Ideologie-Plenum des ZK im Juni 1983 noch unter Andropow vorbereitet worden. Offenbar gab es eine nicht-veröffentlichte Parteidirektive, das für das atheistische Regime eher peinliche Jubiläum möglichst herunterzuspielen. So hieß es in einem anonymen, also autoritativen Artikel in der Zeitschrift *Nauka i religija*, dem Organ des

offiziellen Atheismus: „Sowjetische Wissenschaftler leugnen nicht die Rolle der Kirche im Schicksal unseres Landes, sie leugnen nicht, daß diese bestimmte Ereignisse beeinflußt hat. Sie bestreiten auch nicht die wohlbekannte Rolle des Klerus bei der Einführung des Lesens und Schreibens, der Herausgabe von Chroniken, der Entwicklung der Architektur, Malerei usw. Doch, um bei den historischen Tatsachen zu bleiben, zeigen marxistische Wissenschaftler, daß die Kirche stets Hauptstütze des Feudalismus, der absoluten Macht und der Leibeigenschaft war, daß sie jene verfolgt hat, die ihren Glauben nicht teilten oder anderer ethnischer Herkunft waren; daß sie dem guten Verständnis und der Freundschaft der Völker feindlich gegenüberstand“ (Nauka i religija, Okt. 1984). Eine Konferenz von Wissenschaftlern in Wladimir vom 18.–19. 3. 1986 bestritt noch einmal ausdrücklich den Anspruch der Kirche auf eine positive Rolle in der Geschichte des Landes (Religion in Communist Lands, summer 1987, S. 199).

Gorbatschow und die Religion

Natürlich werden Skeptiker fragen: Ist der neue Parteichef wirklich „anders“ als seine Vorgänger? Und wenn persönlich anders, wirkt sich das – die Durchsetzung seines Kurses vorausgesetzt – überhaupt aus? Oder handelt es sich wieder einmal nur um Schachzüge in einer politisch letztlich prekären Situation? Als Chruschtschow neuer Parteichef geworden war, wurde auch vor „Beleidigung“ der Gefühle der Gläubigen gewarnt und ausdrücklich gemahnt, es sei unberechtigt, „Sowjetbürgern wegen ihrer religiösen Überzeugungen zu mißtrauen“ (Gerhard Simon, Die Kirchen in Rußland. München 1970, S. 68). Dann aber begann im Interesse des „entfalteten Aufbaus des Kommunismus“ – der ja laut Ideologie in das „Absterben“ der Religion einzumünden hatte – eine große, wenn auch unblutige Kirchenverfolgung, in deren Verlauf die Hälfte (10000) aller Kirchen geschlossen wurde.

Gorbatschow scheint im Gegensatz zu Chruschtschow allerdings weniger „gläubiger“ Kommunist als vielmehr patriotisch motivierter Staatsmann zu sein. Seine Vision ist die Modernisierung nach dem Vorbild der führenden Industrienationen. Er selbst hat sich zu Fragen der Religion zunächst kaum geäußert – was heißen konnte, das Thema erschien ihm nicht aktuell, oder aber, daß er die vorherrschenden Auffassungen nicht bedingungslos teilte. Aufsehen erregte seine Kampfansage gegen alle religiösen Phänomene in Taschkent im November 1986 (Zarja vostoka, 25. 11. 1987). Aber dort ging es um den Sonderfall Islam. Auf dem Moskauer Friedensforum Anfang 1987 zählte er die Religion zu den großen Triebkräften der Menschheit. Und kurz nach seiner Taschkenter Philippika lobte er im indischen Fernsehen Ajtmatovs Roman „Die Richtstätte“ (M. Nazarov, in: Posev, 10/1987, S. 38). Es heißt, seine Mutter sei religiös.

Für Gorbatschows „revisionistische“ Einstellung zur Religion spricht eine Reihe von Gründen: Geistig steht er

offenbar unter dem Eindruck des Reformkommunismus: sein Studienfreund im Moskau der fünfziger Jahre war Zdeněk Mlynař, der ZK-Sekretär im Prager Frühling. Er scheint mit dem Eurokommunismus sympathisiert zu haben, wie der Umstand andeutete, daß er 1984 die sowjetische Delegation zu Enrico Berlinguers Beerdigung leitete und den italienischen Kommunisten bescheinigte, er gehe mit ihnen in bezug auf Ziele und Methoden konform! Kurz, er wurde durch Chruschtschows „Tauwetter“ geprägt, als es nicht nur die große Kirchenverfolgung gab – die bezeichnenderweise in der Intelligenz zu Sympathiebekundungen „mit der Religion“ führten –, sondern auch Visionen eines „Kommunismus mit menschlichem Gesicht“. Gorbatschow steht zweifellos der russisch-nationalen Strömung nahe. Seine Frau Raisa spielt eine führende Rolle im Kulturfonds. Diese Strömung bereitete die Anerkennung der moralischen und ökologischen Krise vor, ebenso wie die Vision einer kirchlich-religiösen „Remoralisierung“.

Im November 1986 wurde ein neuer Rat für Angelegenheiten der Religion speziell beim Ministerrat der RSFSR geschaffen, was wiederum auf die besonderen „slawischen“ Dimensionen der Gorbatschowschen Religionspolitik hindeutet. Der Vorsitzende dieser neuen Institution Prof. L. Kolesnikow, erklärte im September 1987, Zweck des Rates sei es, die „Bedürfnisse und Wünsche der Gläubigen zu erforschen und bei der Lösung ihrer akuten Probleme zu helfen“. Damit dürfte dieser zweite Rat wohl auch als Gegenkraft gegen „konservative“ Elemente im bisherigen Allunionsrat gedacht sein.

Schließlich weist die „innere Logik“ von Gorbatschows liberalisierender Perestrojka in Richtung von mehr Rechtsstaatlichkeit. Der moderne Rechtsstaat muß im Interesse sowohl seiner Effektivität als auch inneren und äußeren „Friedensfähigkeit“ weltanschaulich (in weitgehendem Maße) neutral sein. Diese Notwendigkeit beginnt man auch in der Sowjetunion zu sehen (ungeachtet der hieraus für die Partei erwachsenden ideologischen und legitimatorischen Probleme).

„Nirgendwo steht in unseren Gesetzen, daß Atheismus und Staat untrennbar sind,“ schrieb Jewtuschenko (Komsomol'skaja pravda, 10. 12. 1986). *Kommunist* wiederholte im März 1988, trotz gleichzeitiger gegenteiliger Andeutungen, denselben Grundgedanken unter Berufung auf Lenin (ein Quell höchst verschiedenartiger Optionen!): „Die sowjetische Republik kennt keinerlei religiöse Unterschiede,“ hatte der Parteigründer 1918 erklärt. „Sie steht außerhalb (vne) jeder Religion ...“ (V. I. Lenin, Polnoe sobranie sočinenij, Bd. 36, S. 536; *Kommunist*, 4/1988, S. 117). Maßgebliche sowjetische Juristen wiederholen den gleichen Gedanken: Für den gesetzlichen Status eines Sowjetbürgers dürfe es keine Rolle spielen, welcher Weltanschauung er angehöre: „Wir alle“, so Chartschew „– Gläubige und Nichtgläubige –, rudern im gleichen Boot ...“ (Nauka i religija, 11/1987, S. 23). Und die Agitprop-Zeitung *Argumenty i fakty* sah sich bereits bemüht, die Frage zu beantworten, wieso die Polnische

noch lesen

Vereinigte Arbeiterpartei sogar Gläubige in ihre Reihen aufnahme (Argumenty i fakty, 21. 10. 1987). Der *Kommunist*-Artikel vom letzten März verwies dann auch auf die RSDRP, die 1898 gegründete Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die vor 1917 den Kampf gegen die Religion gar nicht in den Vordergrund gestellt habe – im Interesse der gemeinsamen demokratischen Front (Kommunist 4/1988, S. 115).

Weitere Signale

Unter dem Gorbatschow-Regime hat es relativ wenig offene Angriffe speziell auf die russisch-orthodoxe Kirche gegeben. Unverkennbar ist der Bund mit der national und religiös orientierten Intelligenz: im Schriftstellerverband z. B. sind „Dorfschriftsteller“ in höchste Positionen gewählt worden. Der Aufschub der Umleitung der sibirischen Flüsse ist eine Konzession an die ökologische und nationale Lobby, da damit ein Kerngebiet der russischen Kultur vernichtet worden wäre. Insbesondere seit Anfang 1987 sind zentrale Medien, allen voran *Moskovskie nowosti* (herausgegeben von Nowosti, ursprünglich vor allem für das Ausland) und *Literaturnaja gazeta* für die Rechte der Gläubigen und gegen Machtmißbrauch lokaler Instanzen eingetreten.

Die alte militante und nur noch wenig effektive Atheismus-Propaganda soll einer neuen Religionswissenschaft Platz machen, die zunächst einmal die soziologischen Tatbestände abklärt, angefangen bei der Ausgangsfrage nach der Zahl der Gläubigen (vgl. die drei Artikel von William Fletcher, Hieromönch Innokentij und W. Scherdakow in *Sociologičeskie issledovanija*, 4/1987). Im übrigen zeichnet sie sich durch ein ganz anderes philosophisches Niveau aus, sie ist subtiler und intelligenter geworden. Man sieht den bevorstehenden „Schock“, den der Kontakt mit den „geistigen Traditionen der Weltkultur“ auslösen wird (*Sovetskaja kul'tura*, 24. 11. 1987). Man müsse, so schreibt Andrej Nujkin, im Zuge der Demokratisierung auf die unerwartetsten Manifestationen von Religiosität gefaßt sein: bereit zu wirklich ernster, profunder Auseinandersetzung, zur „Suche nach Antworten auf Fragen, die weder die Aufklärer des XVIII-XIX Jahrhunderts zu lösen vermochten noch die Klassiker des Marxismus-Leninismus“ (*Novyj mir* 4/1987, S. 257). Offen gibt er dabei zu: das Hauptproblem bei der Verteidigung dieses neuen, „sophistizierten“ und wirklich überzeugenden Atheismus bestünde darin, „daß die Menschheit bislang noch keine konsistente materialistische Theorie des Geistes entwickelt habe“ (a. a. O., S. 258). Man werde noch einmal jene Suche machen müssen, „die die Menschheit bereits mehrmals unternommen hat bei der Diskussion von zwei Fragen: Gibt es Gott? Und ist er nötig, wenn es ihn nicht gibt?“ (a. a. o., S. 259).

Symptomatisch für eine sich herauskristallisierende Linie war die bereits 1980 eingeleitete Vorbereitungsarbeit zur Tausendjahrfeier: bis zum Herbst 1985 ging es nicht voran. Der Plan der Veranstaltung wurde erst Anfang

1987 fertiggestellt. „Es soll nicht unerwähnt bleiben,“ erklärte Metropolit Juwenalij, „daß unsere Regierung, namentlich Generalsekretär Gorbatschow, am Fortschritt der Arbeiten das größte Interesse zeigt.“ Bereits unter Andropow war der Kirche das Danilow-Kloster zurückgegeben worden. Mochten damals die Verfolgungen der Gläubigen wieder neue Höhepunkte erreichen, könnte dies womöglich auch auf Führungsschwäche zurückzuführen gewesen sein: polnische Quellen z. B. sahen das Nichtzustandekommen eines Papstbesuchs in Litauen ausdrücklich in der verschlechterten Gesundheit des damaligen Parteichefs. Unter Gorbatschow sind weitere Klöster zurückgegeben worden: Optima Pustyn (Moskovskie nowosti, 20. 12. 1987), das nach der Revolution geschlossen worden war, und Tolgskij monastyr, wo das erste Frauenkloster der RSFSR eingerichtet werden soll. Analoge Vorgänge sind in Litauen zu verzeichnen.

Die russisch-orthodoxe Kirche darf zwei neue Zeitschriften herausbringen; eine Auflage von 100 000 Bibeln ist zugesagt, die, mag sie gering sein, bedenkt man eine in die Millionen gehende Nachfrage, immerhin doch etwa der Zahl entspricht, die bislang in der gesamten Geschichte des Sowjetregimes gedruckt wurde (Vladimir Stepanov, *G2W*, 6/1983, S. 28–29). Auch der Import von Bibeln soll künftig möglich werden.

Bislang hat das Sowjetregime jeden Dialog mit Christen abgelehnt: Christliche Ideen, so lautete die Linie, untergraben die „kommunistische Moral“ und die „ideologische Wachsamkeit“. Diese Linie immunisierte zugleich die Kirchen gegen Ideen der „Befreiungstheologie“. Nun aber wurde der Dialog im Anschluß an eine Tradition der relativ liberalen 20er Jahre wieder aufgenommen. Seit Ende Juli 1987 gibt es das Telefonjournal „Religion und Politik“. Auch im Komsomol müssen sich Ideologen dem Dialog stellen, was in der Jugend auf großes Interesse stößt.

Kommt es zu einer Revision der Religionsgesetzgebung?

Besonders wichtig für Kirchen und Gläubige wäre eine *Revision der Religionsgesetzgebung*, an der man faktisch bereits seit einigen Jahren arbeitet (G. Jakunin u. a. in: *Russkaja mysl'*, 5. 6. 1987, S. 6). Doch für den Rat für die Angelegenheiten der Religion ist es eine diffizile, ja heikle Aufgabe. Nicht nur, daß er selbst sich einer „Perestrojka“, einer Reform zu unterziehen hat; er dürfte auch lavieren zwischen den Kräften der Reform und des Konservatismus. Denn wie sicher sitzt Gorbatschow wirklich im Sattel?

Bis Ende 1987 war keine staatliche Veröffentlichung zu den geplanten Änderungen bekannt. Doch die Hinweise mehrten sich, daß es – was im Zuge von Gorbatschows Entstalinisierung nur logisch ist – um die Revision des Stalinschen Gesetzes über religiöse Vereinigungen von 1929 geht, ein Gesetz, das mit seinen extremen Bestimmungen im Grunde die Kirchen als Institutionen endgültig vernichten sollte: Verboten sind seither, „besonders

Kinder-, Jugend-, Frauen-, Gebets- und andere Versammlungen zu organisieren, ebenso auch allgemeine biblische, literarische, handarbeitliche, gemeinsamer Arbeit, dem religiösen Unterricht dienende oder ähnliche Versammlungen ... und ebenso, Ausflüge und Kinderspielplätze einzurichten, Bibliotheken und Lesehallen zu eröffnen, Sanatorien oder ärztliche Hilfe zu organisieren“ (Simon, a. a. O., S. 63).

Dabei beruft man sich mit typisch Gorbatschowscher Taktik auf Lenin und das (in Wirklichkeit keineswegs liberale) Dekret von 1918 über die Trennung von Kirche und Staat. Dieses untersagte an öffentlichen und privaten Lehranstalten „Unterricht in religiösen Glaubenslehren“. Nicht minder gravierend die Bestimmung: „Die kirchlichen und religiösen Gesellschaften haben nicht das Recht, Eigentum zu besitzen. Sie haben nicht die Rechte einer juristischen Person“ (a. a. O., S. 62). Faktisch will man aber unter Zuhilfenahme gewisser toleranterer Lenin-Zitate und Verweis auf die „konkrete historische Situation“ weiter gehen. Anfang 1986 konnte man dem *Shurnal Moskowskoj Patriarchii* entnehmen, daß religiöse Vereinigungen doch den Status juristischer Personen hätten – wofür sowjetische Juristen seit Beginn dieses Jahrzehnts eingetreten sind. Das wäre ein erster, wesentlicher Schritt auf dem Wege zur Legalisierung der Kirche. Auch die Frage des Rechts der Kirche auf Eigentum soll neu geregelt werden.

Im Oktober 1986 stellte Chartschew ganz allgemein eine Liberalisierung in Aussicht. In einem kürzlichen Artikel wurde er etwas deutlicher. Hier ist die Rede von einer neuen Möglichkeit des zivilen Ersatzdienstes aus Gewissensgründen (bislang war Verweigerung des Militärdienstes ein Delikt). Auch der private Religionsunterricht soll möglich werden (*Izvestija*, 27. 1. 1988).

Noch ist von tatsächlichen Gesetzesänderungen nichts festzustellen. Aber es gab gewisse Erleichterungen. So wurde in einigen Kirchen Moskaus die faktisch widerrechtliche Praxis aufgehoben, daß Leute, die sich kirchlich trauen oder taufen lassen wollen, sich registrieren lassen müssen, ebenso die Eltern minderjähriger Täuflinge (*Russkaja mysl'*, 5. 6. 1987). Auch die ab 20 Personen mögliche Beantragung der Registrierung einer neuen Gemeinde soll nicht mehr künstlich ad calendas graecas hinausgeschoben werden. Praktisch handelt es sich also einstweilen um einige wenige, noch unsichere Signale. Sie waren aber immerhin deutlich genug, Gläubige 1987 zu einer Reihe von Petitionen zu veranlassen und an die Hierarchie der russisch-orthodoxen Kirche zu appellieren, sie möge sich für die Aufhebung der diskriminierendsten Maßnahmen einsetzen und nicht, wie Gleb Jakunin und eine Reihe von Gleichgesinnten es formulierten, „eine einzigartige historische Chance vertun, die der Herr unserer Heimat und Mutter Kirche sendet“ (*Russkaja mysl'*, 17. 7. 1987, 7).

Astrid von Borcke

Fortsetzung der Politik der Reformen

China nach dem 13. Parteitag

Im Zeichen von „Perestrojka“ und „Glasnost“ in der Sowjetunion hat das Interesse für China nachgelassen. Die Entwicklungen in der Volksrepublik verdienen aber nach wie vor Beachtung: Das gilt für den wirtschaftlich-politischen Bereich (die in China seit Jahren eingeleiteten Reformen stehen in der Sowjetunion weitgehend erst noch an) wie für die Kirchen. Unser Asien-Mitarbeiter Georg Evers gibt einen Überblick über den Stand der politisch-ideologischen Neuorientierung, wie sie sich insbesondere auf dem 13. Parteitag abzeichnete, und über die neueren Entwicklungen in der katholischen und protestantischen Kirche der Volksrepublik.

Vom 25. Oktober bis zum 1. November 1987 fand in Peking der 13. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas statt. Im Vorfeld dieser für die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas so bedeutsamen Veranstaltung hatte es viele Spekulationen gegeben. Der Sturz von Generalsekretär *Hu Yaobang* im Gefolge der Studentenunruhen zur Jahreswende 1986–87 und die verstärkte Kampagne gegen die „bürgerliche Liberalisierung“ hatten in China und im Ausland zu Überlegungen Anlaß gegeben, inwieweit die von *Deng Xiaoping* und seiner Gefolgschaft vertretene Reformpolitik auf dem Parteitag bestätigt werden würde.

Die damit verbundenen Besorgnisse hatten natürlich auch ihren Einfluß auf die wirtschaftlichen Beziehungen der VR China zu ihren ausländischen Partnern, da langfristige Investitionen in einem Klima politischer Unsicherheit für gewöhnlich nicht getätigt werden.

Weichenstellungen bei den Personalentscheidungen

Der Verlauf des Parteitags machte sehr schnell deutlich, daß die Gruppe der Reformbefürworter um *Deng Xiaoping* ganz offensichtlich das Heft fest in der Hand hatte und den Verlauf sicher bestimmte. Die *weitgehende Öffnung gegenüber der ausländischen Presse*, die erstmals bei den meisten Veranstaltungen dabei sein durfte, machte die Zuversicht der Gruppe, die für eine Öffnung Chinas gegenüber dem Ausland eintritt, überzeugend deutlich. Bei den *Personalentscheidungen* für die wichtigsten politischen Gremien, das Politbüro, das Zentralkomitee und die Militärkommission, wurde der Einfluß der Reformgruppe auch institutionell abgesichert. Die wichtigste Personalentscheidung stellt zweifellos die Wahl von *Zhao*